

Herbert Kickl
Bundesminister

Herr
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMI-LR2220/0087-III/3/2019

Wien, am 28. März 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Nationalrat Christian Kovacevic, Kolleginnen und Kollegen haben am 29. Jänner 2019 unter der Nr. **2720/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abfrageberechtigungen nach dem Meldegesetz im Jahre 2018“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wie viele Anträge nach § 16a Abs. 5 MeldeG wurden seit Inkrafttreten des Meldegesetzes in der gültigen Fassung an den Bundesminister für Inneres bis 01.01.2019 gestellt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt

Zur Frage 2:

- *Wie viele dieser Anträge wurden bis 01.01.2019 genehmigt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?*

5.950. Eine regionale Auswertung ist erst ab dem Jahr 2004 möglich.

Wien	NÖ	OÖ	Stmk	Sbg	Ktn	Tirol	Vbg	Bgld	Summe
2051	541	556	525	340	262	410	184	95	4964

Zur Frage 3:

- *Wie viele "Sonstige Abfrageberechtigte" gab es mit Stichtag 01.01.2019 (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?*

Mit Stichtag 1. Jänner 2019 gab es 5.705 sonstige Abfrageberechtigte. Eine über die Beantwortung der Frage 2 hinausgehende regionale Auswertung ist nicht verfügbar.

Zur Frage 4:

- *Wie viele Anträge wurden bislang abgelehnt (Auflistung der Problembereiche bzw. der Gründe für die Ablehnung)? Wie viele im Jahr 2018?*

Eine bescheidmäßige Abweisung eines Antrages war bislang siebenundfünfzigmal erforderlich. 2018 mussten keine Anträge bescheidmäßig abgelehnt werden. Weitere unberechtigte Anträge wurden nach Darstellung der Rechtslage zurückgezogen. Gründe für die Zurückziehung waren zumeist, dass die Antragsteller falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten einer solchen Abfrage hatten oder einsahen, dass sie keinen mit den gesetzlichen Vorgaben übereinstimmenden Bedarf glaubhaft machen können.

Zur Frage 5:

- *Wie viele Abfrageberechtigungen wurden bisher an Personen (Antragsteller) mit Sitz im EU-Ausland bzw. in Drittstaaten vergeben (Aufschlüsselung auf Branchen und die einzelnen Staaten)?*

Bisher wurde an 61 Antragsteller mit Sitz im EU-Ausland die Berechtigung vergeben, davon 55 Antragsteller aus Deutschland, 4 Antragsteller aus Liechtenstein und je ein Antragsteller aus Schweden und aus der Schweiz. Es handelte sich dabei um Rechtsanwälte, Banken, Detekteien, Inkassobüros und sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Zur Frage 6:

- *Wie vielen Inkassobüros wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

89. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 7:

- *Wie vielen "Auskunfteien" wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

8. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 8:

- *Wie vielen Unternehmen aus dem Sicherheitsgewerbe - (z.B. Berufsdetektive) - wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

80. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden

Zur Frage 9:

- *Wie vielen Banken wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

84. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 10:

- *Wie vielen Versicherungen wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

79. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 11:

- *Wie vielen Versicherungsmaklern oder Versicherungsagenten wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

43. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 12:

- *Wie vielen Rechtsanwälten wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

3697. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 13:

- *Wie vielen Notaren wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

137. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 14:

- *Wie vielen Wirtschaftstreuhandern, Steuerberatern etc. wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

56. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 15:

- *Wie vielen Immobilien- und Vermögenstreuhandern wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

515. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 16:

- *Wie vielen und welchen Vereinen wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 01.01.2019)? Wie vielen entzogen?*

25. Diese Vereine fallen in folgende Kategorien: gemeinnützige Hilfsorganisationen, Rettungsdienste, Kraftfahrvereinigungen sowie Dachorganisationen österreichweit tätiger Genossenschaften und Bauvereine. Keine Abfrageberechtigungen wurden unterbunden.

Zur Frage 17:

- *Welchen sonstigen Branchen bzw. Berufsgruppen wurde darüber hinaus noch eine Abfrageberechtigung eingeräumt?*

Neben den oben bereits genannten sind sonstige Abfrageberechtigte insbesondere folgenden Branchen zuzurechnen: Gesetzliche berufliche Interessensvertretungen, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Arbeitsvermittlung, Krankenhäuser, Fahrschulen und sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Zu den Fragen 18 und 30:

- *Wie schlüsseln sich die 2018 erfolgten Abfragen der "sonstigen Abfrageberechtigten" auf die einzelnen Branchen auf (siehe Fragen 6 bis 17)?*
- *Wie viele Abfragen im Zentralen Melderegister wurden im Jahr 2018 durch "Sonstige Abfrageberechtigte" durchgeführt?*

Im Jahr 2018 wurden in Summe 3.967.359 Abfragen durch sonstige Abfrageberechtigte durchgeführt. Diese schlüsseln sich auf die verschiedenen Branchen auf wie folgt:

Branchenbezeichnung	Abfragen
Auskunfteien	24.511
Bank	89.534
Detekteien	3.423
Fahrschulen	179.963
Inkassobüros	224.157
Immobilien-Vermittler-Treuhänder	26.757
Vermessungswesen	2.906
Notare	15.228
Rechtsanwälte	512.041
Sonstige	1.245.418
Vereine	51.155
Versicherungen	1.587.440
Versicherungsmakler	2.112
Wirtschaftstreuhänder	695
Ziviltechniker	2.019
Summe:	3.967.359

Zu den Fragen 19 und 20:

- *Wie haben Sie 2018 im Sinne der Empfehlung der DSK (jetzt DSB) dafür Sorge getragen, dass sonstige Abfrageberechtigte (auch Rechtsanwälte, Banken etc.) die Daten des ZMR ausschließlich für die in § 16 Abs 5 MeldeG umschriebenen Zwecke verwenden?*
- *Haben Sie im Sinne Ihrer Beantwortung generell nur bei Verdacht (z.B. Anzeige) kontrolliert oder aus präventiven Gründen laufend stichprobenartig die gesetzlichen Voraussetzungen für Einzelabfragen und deren Verwendung geprüft? Wenn ja, wie viele derartige Kontrollen wurden 2018 durchgeführt? Wie viele werden Sie 2019 durchführen?*

Auf Basis der monatlichen Abrechnung des Jahres 2018, wurde – wie jedes Jahr – mit statistischen Mitteln erhoben, ob es im Schnitt zu grob abweichenden Durchschnittswerten gekommen ist. Dies war im Jahr 2018 bei keinem sonstigen Abfrageberechtigten der Fall. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren weitere Überprüfungen vorgenommen. Es ist beabsichtigt, 2019 zumindest in demselben Umfang Überprüfungen durchzuführen

Zur Frage 21:

- *In wie vielen Fällen wurde 2018 ein Verantwortlicher für Datensicherheitsmaßnahmen (Zugriffsberechtigungen) vom BMI (Betreiber) nicht ermächtigt (Aufschlüsselung auf Branchen)? Was waren die Gründe dafür?*

Von den positiv erledigten Anträgen war es 2018 nicht erforderlich, einen vom Antragsteller namhaft gemachten Verantwortlichen abzulehnen.

Zur Frage 22:

- *Wie viele "Sonstige Abfrageberechtigten" haben einen Dienstleister als Verantwortlichen benannt (Aufschlüsselung auf Branchen)?*

Branchenbezeichnung	Anzahl
Auskunfteien	10
Banken	97
Detekteien	74
Fahrschulen	420
Inkassobüros	65
Immobilien-Vermittler-Treuhänder	387
Vermessungswesen	57
Notare	163
Rechtsanwälte	3610
Sonstige	532
Vereine	10
Versicherungen	61
Versicherungsmakler	89
Wirtschaftstreuhänder	45
Ziviltechniker	53

Zu den Fragen 23 und 24:

- *Wie viele Kontrollen wurden durch den Betreiber (BMI) nach § 9 Meldegesetz-Durchführungsverordnung 2016 durchgeführt (Aufschlüsselung nach Branchen und Bundesländer)?*
- *Welche konkreten Ergebnisse erbrachten diese Kontrollen? Lagen jemals Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Verwendung von Daten vor? Welche behördlichen Maßnahmen mussten in diesem Jahr ergriffen werden?*

Es wurde für den Zugang zum ZMR gemäß § 9 Meldegesetz-Durchführungsverordnung eine umfassende technische Spezifikation definiert, die auch alle Sicherheitsauflagen nach dem aktuellen Standard umfasst. Wenn diese technischen Auflagen nicht erfüllt werden, wird der Zugang zum ZMR nicht aufgeschaltet. Bisher haben alle sonstigen Abfrageberechtigten diese Standards erfüllt.

Es gab 2018 keinen Anlass für weitere Kontrollen gemäß § 9 Meldegesetz-Durchführungsverordnung.

Zu den Fragen 25 bis 27:

- *Wie viele Androhungen auf Einleitung eines Verfahrens zur Entziehung der Abfrageberechtigung (§ 16a Abs. 7 MeldeG) wurden im Jahr 2018 ausgesprochen?*
- *Wie viele derartige Verfahren mussten im Jahr 2018 eingeleitet werden?*
- *Wie viele (Entziehungs-)Verfahren sind noch nicht abgeschlossen (01.01.2019)?*

Keine.

Zur Frage 28:

- *Wie oft musste im Jahr 2018 die Zugriffs- und Abfrageberechtigung nach § 16a Abs. 7 MeldeG entzogen werden (Aufschlüsselung auf Branchen und dem jeweiligen Grund siehe dazu Ziffer 1 bis Ziffer 4)?*

Nie.

Zur Frage 29:

- *Wie viele Abfragen im Zentralen Melderegister wurden im Jahr 2018 durch abfrageberechtigte Behörden durchgeführt?*

Im Jahr 2018 wurden in Summe 94.547.793 Abfragen durch Gemeinden und sonstige abfrageberechtigte Behörden durchgeführt.

Zur Frage 31:

- *Wie hoch waren die Gesamtkosten für das ZMR im Jahre 2018? Wie hoch werden die Kosten für 2019 geschätzt?*

2018: € 7.022.829,24. Für 2019 werden Ausgaben in ähnlicher Höhe erwartet.

Zur Frage 32:

- *Wie viele Personen haben in Österreich bislang eine Auskunftssperre nach § 18 Meldegesetz beantragt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)? Wie war der Stand mit 31.12.2018? Wie viele davon wurden nicht genehmigt? Worin lagen die Ablehnungsgründe?*

Mit Stichtag 31. Dezember 2018 waren in Summe 29.750 Auskunftssperren gesetzt. Eine Auskunftssperre ist seit 1. Jänner 2017 für maximal 5 Jahre gültig; wird kein Antrag auf Verlängerung gestellt, wird die Auskunftssperre inaktiv. Eine Aufschlüsselung der Auskunftssperren nach Bundesländern ist nicht möglich. Hinsichtlich der Nichtgenehmigungen und der Ablehnungsgründe werden keine statistischen Aufzeichnungen geführt.

Zur Frage 33:

- *Welche Kosten fallen in Österreich (Gemeinden) zurzeit für einen Antrag auf Auskunftssperre an (Ersuche um Aufschlüsselung der - unterschiedlichen - Kosten)?*

Soweit eine Auskunftssperre nicht von Amts wegen veranlasst wird, hat der Antragsteller € 14,30 an Antragsgebühren zu entrichten. Zusätzlich zur Antragsgebühr sind noch Beilagegebühren in der Höhe von € 3,90 je Bogen bis zu höchstens € 21,80 einzuheben, wenn dem Antrag solche angeschlossen sind.

Zu den Fragen 34 und 36:

- *Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden 2018 durch die Einräumung von Abfrageberechtigungen erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?*
- *Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden im Jahre 2018 durch die Abfragen Sonstiger Abfrageberechtigter erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?*

Von sonstigen Abfrageberechtigten wurden Kostenersätze und Verwaltungsabgaben in der Höhe von € 6.722.944,02 eingehoben. Eine Auswertung getrennt nach Kostenersatz und Verwaltungsabgabe ist nicht möglich.

Es wird von einer leichten Steigerung der Einnahmen im Jahr 2019 ausgegangen.

Zur Frage 35:

- *Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden im Jahr 2018 durch die Abfragen von abfrageberechtigten Behörden erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?*

Von Behörden wurden im Jahr 2018 Einnahmen in der Höhe von € 469.196,60 erzielt. Ein ähnlicher Betrag wird auch für 2019 erwartet.

Zur Frage 37:

- *Welche zusätzlichen Einnahmen wurden 2018 durch das e-government Gesetz erzielt? Welche Einnahmen werden 2019 im Jahresdurchschnitt erwartet? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?*

Aus dem Titel E-Government konnten im Jahr 2018 Einnahmen in Höhe von € 245.647,85 erzielt werden. Ein ähnlicher Betrag wird auch für 2019 erwartet.

Herbert Kickl

